

transform!

Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog

Sonderausgabe des **transform! europe** Newsletters anlässlich der Wahlen in Griechenland und Frankreich

Mit 16,8% und 52 Abgeordneten wird SYRIZA die zweitstärkste Partei bei der griechischen Wahl

Ein Triumph der radikalen Linken in Griechenland – Eine Botschaft für Europa

Von Haris Golemis, Athen*

Die jüngsten Wahlergebnisse in Griechenland waren ein heftiger Schlag für die Regierungen von Merkel und Sarkozy und ebenso für die anderen neoliberalen Parteien, Politiker, Analysten, für die Beamten der EU, der EZB und des IWF, die dachten, dass die europäischen Völker passiv und auf unbegrenzte Zeit die extremen Austeritätspolitiken der neoliberalen Orthodoxie zu ertragen bereit wären, die angeblich darauf abzielen, einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise in Europa zu eröffnen.

Obwohl es seit Ausbruch der Krise fast überall in den EU-Ländern Widerstand auf der Straße und hoffnungsvolle Ergebnisse an den Wahlurnen gegeben hat, ist es interessant, dass die deutlichste Botschaft gegen den Neoliberalismus in der EU aus einem kleinen Land im europäischen Süden kam. Anstatt zu akzeptieren, willentlich oder mit Gewalt in das Schlachthaus getrieben zu werden, beschloss die Bevölkerung des berüchtigtsten der PIIGS, zu revoltieren, indem sie massiv gegen die Mitte-Links stehende *Panhellenische Sozialistische Bewegung* (PASOK) und die Mitte-Rechts stehende *Neue Demokratie* (ND) und damit gegen jene zwei Parteien wählte, die zusammen mit dem rechts-

extremen *Volksalarm / Laikos Orthodoxos Synagermos* (LAOS) das Schandmemorandum mit der „Troika“ unterzeichnet haben und zuletzt an der Regierung von Papademos beteiligt gewesen sind.

Es wäre legitim zu behaupten, dass die Wahlergebnisse sich ausschließlich der Tatsache verdanken, dass die Krise und die Politik, die zu ihrer Bewältigung versucht wurde, die traditionellen Bindungen zwischen Unter- und Mittelschichten der griechischen Gesellschaft einerseits und PASOK und ND andererseits zerstört hat, wodurch das mächtige politische Zweiparteiensystem zu Bruch ging, das das Land seit dem Sturz der Diktatur 1974 beherrscht hatte. Tatsächlich ist es so, dass innerhalb der zwei Jahre, die seit dem zwischen den griechischen Regierungen und der „Troika“ vereinbarten Rettungspaket vergangen sind, eine große Zahl an Abgeordneten der PASOK und der ND zurückgetreten sind, unabhängig wurden, andere politische Parteien gründeten oder anderen Parteien oder Koalitionen beitraten.

Allerdings ereignete sich weder der Bruch des politischen Systems automatisch noch war der Zuwachs der Macht

der politischen Linken eine „natürliche“ Folge der Krise. Die Neuwahlen wurden nicht aus freiem Willen – weder des zusammenbrechenden griechischen politischen Systems noch der Merkozy-, Lagarde-, Trichet/Draggi- oder Barroso-Allianz ausgerufen – tatsächlich bestand der Wunsch dieser „Heiligen Allianz“ und der „Märkte“ ja darin, dass die Dreiparteienregierung unter dem nicht gewählten Technokraten Papademos zwei weitere Jahre im Amt bleiben soll, wie Monti in Italien. Der Hauptgrund dafür, warum das Land zu den Wahlurnen schritt, sollte auf den hauptsächlich auf den Straßen ausgetragenen Widerstand des griechischen Volkes zurückgeführt werden, aber auch auf jenen an den Arbeitsplätzen (auf die Bewegung auf den Plätzen, die Streiks und Massendemonstrationen, den zivilen Ungehorsam, der sich beispielsweise in der „Wir zahlen nicht“-Bewegung ausdrückte, den Buh-Rufen gegenüber Mainstream-Politikern, wo immer sie in der Öffentlichkeit auftauchten usw.).

Gleichzeitig war auch der Erfolg der radikalen Linken bei den Wahlen keine lineare Funktion der schlechten wirtschaftlichen Lage. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Arbeitslosigkeit, Armut

und – allgemein – die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen nicht notwendigerweise eine günstige politische Umgebung für die Linke herbeiführen. Die Situation in den Ländern Zentral- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch des so genannten real existierenden Sozialismus ist hierfür ein schmerzliches Beispiel.

Der unerwartet hohe Prozentsatz der radikalen Linken bei den Wahlen kann großteils ihren guten Strategien als politische Partei zugeschrieben werden: a) der Schaffung und Aufrechterhaltung der *Koalition der Radikalen Linken* (SYRIZA), einem schwierigen Bündnis von *Synaspismos* mit kleineren Parteien und Gruppen zumeist aus der extremen Linken; b) dem Bündnis von SYRIZA mit Gruppen oder Einzelpersonen aus der PASOK, die in der allgemeinen Öffentlichkeit großes Ansehen genossen (in der Tat war ja der Name der Wahlliste *SYRIZA-Soziale Einheitsfront*); c) dem Appell, den sie an alle Kräfte der Linken, hauptsächlich an die *Kommunistische Partei Griechenlands* (KKE) und die *Demokratische Linke* (DIMAR) – jene Partei, die vor zwei Jahren nach der Spaltung von *Synaspismos* gegründet worden war – richtete, ein Bündnis einzugehen, das das Land regieren könne – ein außergewöhnlich ehrgeiziges Ziel für die kommunistische, postkommunistische, erneuerte und radikale Linke in Griechenland. In einem Land, in dem Persönlichkeiten eine wichtige Rolle in der Politik spielen, sollte einer der Gründe für den Erfolg von SYRIZA der Person des Parteichefs Alexis Tsipras, eines charismatischen und beliebten jungen Politikers, zugeschrieben werden.

Was das tatsächliche Wahlergebnis anbelangt, so erreichte die *Koalition der Radikalen Linken* (SYRIZA) einen Prozentsatz von 16,8%, womit sie die PASOK hinter sich ließ, die 30% ihrer Macht einbüßte und von 43,92% und 160 Sitzen im Jahr 2009 auf 13,18% und 41 Sitze im Jahr 2012 abfiel. *Neue Demokratie* fiel von 33,47% und 91 Abgeordneten auf 18,85%, verfügt aber jetzt aufgrund eines unglaublich ungerechten

Wahlgesetzes über 108 Abgeordnete (da ihr als stimmenstärkster Partei der Bonus von 50 Sitzen aus insgesamt 300 zufällt, und zwar unabhängig von den in den Wahlen erreichten Prozenten), während die *Kommunistische Partei* (KKE) ihre Macht marginal von 7,5% auf 8,5% erhöhen konnte, womit sie das erste Mal ihre vorherrschende Rolle im linken Spektrum einbüßte. LAOS, die Partei der extremen Rechten, die an der Papademos-Regierungskoalition beteiligt gewesen war, schaffte den Einzug ins Parlament nicht mehr. Dasselbe Schicksal erlitten die *Ökologen/Grünen*, Mitglied der *Europäischen Grünen*. Der Rest der Sitze entfiel auf die Partei der *Unabhängigen Griechen* (eine nationalistische, ausländerfeindliche Partei, die aus einer Abspaltung von *Neue Demokratie* entstand, die das „Memorandum“ mit der Troika ablehnt – 10,6%), die *Demokratische Linke* (die Partei, die 2010 nach einer Abspaltung von *Synaspismos* entstand – 6,11%) und die faschistische Gruppe der *Goldenen Morgenröte*, der es gelang, 7% der WählerInnenstimmen auf sich zu vereinigen und 21 Sitze im griechischen Parlament zu erlangen.

Obwohl SYRIZA die große Gewinnerin der Wahlen ist, sollte eine weitere wichtige Tatsache nicht übersehen werden. Ignoriert man den eigenartigen Anspruch der KKE, dass sie KommunistInnen und keine Linken (!) seien, ist das gemeinsame Wahlergebnis der zugegebenermaßen gespaltenen Linken in Griechenland das beste in der jüngsten politischen Geschichte des Landes – zusammen erreichten sie über 30% und haben somit den Rekord der alten Partei der *Vereinten Demokratischen Linken* (EDA) gebrochen, der es im Jahr 1958 (9 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs) gelungen war, 25% der WählerInnenstimmen auf sich zu vereinen und der damals „freien Welt“ einen Schrecken einzujagen.

Obwohl es für eine detaillierte Analyse der Wahlergebnisse der radikalen Linken noch zu früh ist, glauben wir, dass es Sinn macht, auf einige ihrer wichtigen Besonderheiten hinzuweisen:

SYRIZA wurde die von JungwählerInnen und WählerInnen unter 55 am häufigsten gewählte Partei. Sie lag in den großen städtischen Zentren vorn, dort wo die Wirtschafts- und Gesellschaftskrise am akutesten ist. Es gelang ihr auch, große Teile der Schichten in den armen Stadtvierteln von Athen und anderen Großstädten anzusprechen, wo ihr Einfluss bisher eher gering gewesen war.

Gestatten Sie mir, diese erste Notiz zu den griechischen Wahlergebnissen mit zwei abschließenden Bemerkungen abzurunden.

Erstens: Einer der Gründe, warum der Erfolg von SYRIZA eine solch wichtige Entwicklung in einem europäischen Rahmen darstellt, liegt darin, dass (obwohl man erwarten konnte, dass die ehemaligen Großparteien aufgrund der Unzufriedenheit in der Bevölkerung an Macht verlieren würden) nicht offensichtlich war, welche der politischen Kräfte aus der Delegitimierung des politischen Systems und den wachsenden sozialen Unruhen politischen Gewinn würde ziehen können. Nationalistische, fremdenfeindliche und sogar faschistische Gruppen strebten dieses Ziel an, indem sie Argumente für „ein starkes, reines und unabhängiges Land“ ins Treffen führten. Von den politischen Eliten sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes ebenso wie von den Mainstream-Medien wurden laufend Ängste verbreitet und Erpressungen ausgesprochen, sollte es zu einem Austritt aus der Euro-Zone kommen – dies käme einem totalen Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes gleich. Gleichzeitig blieb die Linke zersplittert, da sich die *Kommunistische Partei* weigerte, in einen wie auch immer gearteten Dialog zu treten, und es der Partei der *Demokratischen Linken* (DIMAR) nicht gelang, die Linien ihrer Abgrenzung festzulegen. Das ist der Grund, warum der Sieg von SYRIZA so wichtig war. Aber es gab noch einen weiteren Grund, der uns alle stolz darauf sein ließ, Mitglieder oder UnterstützerInnen von *Synaspismos* und der anderen Gruppen dieses politischen Bündnisses zu sein: Trotz intensi-

ven Drucks von Seiten beinahe aller Teile des politischen Spektrums und der Medien ist SYRIZA nicht von seiner Haltung der Verteidigung der Rechte von MigrantInnen abgegangen und hat somit klar Position gegen die nicht so unpopuläre Errichtung von Konzentrationslagern zur Anhaltung von MigrantInnen gezogen – das erste wurde nicht zufällig erst wenige Tage vor der Wahl eröffnet – und sich für den Schutz der Menschenrechte gerade in einer Zeit ausgesprochen, in der die Gesellschaft so anfällig für diese Art von Propaganda ist.

Die Wahlergebnisse in Griechenland sind nicht nur für dieses Land wichtig, sondern für Europa als Ganzes. Jetzt hat sich mehr als jemals zuvor gezeigt, wie sehr die europäischen Länder voneinander abhängig sind, da Entwicklungen sogar in einem kleinen Land an der südlichen Peripherie einen „Schmetterlings-Effekt“ haben können, der so stark ist, dass er die Entscheidungsfindungsprozesse in ganz Europa bis ins Mark erschüttern kann. Das ist der Grund, warum *Synaspismos* niemals das Dilemma akzeptiert hat, wonach Griechenland entweder die gegenwärtigen politi-

schen und ökonomischen Rahmenbedingungen der EU zu akzeptieren hat – was von der PASOK und der ND vertreten wird – oder freiwillig aus der EU austreten soll – eine Forderung, die die KKE, aber auch einige Gruppen innerhalb von SYRIZA stellten. Im Gegenteil, wir glauben, dass Kämpfe und Ungehorsam auf nationaler Ebene mit Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene kombiniert und auf eine Neugründung Europas orientiert werden müssen, was auch das Ziel der *Partei der Europäischen Linken* darstellt. Entweder wird sich die EU ändern, oder sie wird aufhören zu bestehen.

In unseren schwierigen Zeiten können Siege der Bewegungen und der radikalen Linken in einem europäischen Land die politischen und sozialen Kämpfe in einem anderen positiv beeinflussen. Der Sieg von SYRIZA in Griechenland gehört auch den Bewegungen der Emporten in ganz Europa, verdankt sich den Erfolgen der Streikenden in Spanien, dem Erfolg der GenossInnen der *Kommunistischen Partei Frankreichs* und der *Linksfront* in den jüngsten französischen Wahlen. Wir waren von ihnen inspiriert und hatten das Bewusstsein

und die Empfindung, dass wir diese Inspiration zurückgaben. Wir werden niemals die tatsächliche Anwesenheit von VertreterInnen der Parteien der *Europäischen Linken* bei unseren Kundgebungen und die moralische Unterstützung vergessen, die wir von unseren GenossInnen in ganz Europa bekommen haben.

Trotz unseres Sieges ist uns bewusst, dass kein Sieg als gegeben angesehen werden kann. In unserem Kampf stehen wir tagtäglich zwei großen Feinden gegenüber: a) den politischen Kräften des Establishments, die die Völker Europas ihren Austeritätspolitiken unterwerfen wollen, und b) den Kräften der radikalen Reaktion, der extremen und faschistischen Rechten, der *Nationalen Front* in Frankreich, der *Goldenen Morgenröte* in Griechenland und ihren Verbündeten in anderen europäischen Ländern.

Der Kampf geht weiter!

* Dieser Artikel ist das Ergebnis eines Gesprächs und eines Meinungs- und Ideenaustauschs zwischen dem Autor und Elena Papadopoulou.

Die Wahl in Frankreich

Von Elisabeth Gauthier, Paris

Hollandes Wahl ist vor allem eine klare Absage an den „Präsidenten der Reichen“ und an die von ihm verkörperte Macht der Oligarchie, die sich in der Krise verstärkt hat.

Trotz der Erleichterung über die Abwahl Sarkozys ist die Stimmung keineswegs mit 1981 (Mitterrands Wahl) zu vergleichen. Zu unsicher ist, worin Hollandes Politik bestehen wird, ob er gegen die Krisenursachen agieren und dem neoliberalen Kurs in Europa entgegenzutreten wird. Unsicher ist auch, welche Mehrheit die Legislativwahlen am 10. und 17. Juni bringen werden. Im Falle einer linken Mehrheit wird das Gewicht der *Front de Gauche*-Abge-

ordneten dafür entscheidend sein, ob die politische Orientierung sich nach links verschiebt.

Im ersten Wahlgang erhielt Hollande 28,7% der Stimmen, alle linken Kandidaten kamen gemeinsam auf 43,6% (im Vergleich 2007: 36%). Die gesamte „Linke der Linken“ kommt 2012 auf 13% (2007: 8%), wobei der *Front de Gauche* (11,11%) einen Pol mit neuer politischer Qualität darstellt. Der *Front National* (FN) bekommt 17,9% (im Vergleich 2007: 10,44%; 2002: FN 17% und eine Abspaltung 2,5%). Das (rechte) Zentrum von Bayrou wurde geschwächt, die Polarisierung Links-Rechts hat ins-

besondere unter Einfluss der offensiven Kampagne des FG wieder zugenommen.

Insgesamt hat sich das Gewicht im Vergleich zu 2007 von rechts nach links verschoben, und zugleich wurde Sarkozy selbst „rechter“ und der FN stärker.

Viele Stimmen für Hollande wurden ohne Enthusiasmus abgegeben, einerseits gegen Sarkozy und gleichzeitig, um Le Pen zu verhindern. Dies ging, wie Umfragen zeigten, zum Teil zu Lasten Mélenchons, da viele potentielle WählerInnen sich im letzten Augenblick entschlossen, eine „nützliche Stimme“ abzugeben.

Mit ihrem Stimmergebnis im Rücken hat Le Pen angekündigt, dass „der Kampf um Frankreich erst beginne“, dass sie in Zukunft die „Partei der Patrioten auf Seite der Rechten wie der Linken“ sein wolle. Im Bestreben, die erste Kraft auf der Rechten zu werden, empfahl sie im zweiten Wahlkampf, nicht für Sarkozy zu stimmen, sondern ungültig zu wählen.

Obwohl in Umfragen die Mehrheit der Franzosen als ihre Haupt Sorgen die Arbeitslosigkeit, den Verlust der Kaufkraft und die abnehmende Qualität des Gesundheits- und Schulwesens angeben, und nur eine Minderheit von 15 % die Probleme der Integration, nehmen diese in der politischen Debatte einen überproportionalen Stellenwert ein, was ausschließlich dem *Front National* nützt. Solchermaßen wird die äußerste Rechte instrumentalisiert, um das Zweiparteiensystem aufrecht zu erhalten.

Der *Front de Gauche* (FG) hatte in seiner Kampagne eine neue und weitreichende politische Ambition präsentiert. Einerseits, indem er aufrief, Sarkozy abzuwählen, gleichzeitig verknüpfte er dies mit einer Perspektive eines Politik- anstatt eines einfachen Mehrheitswechsels. Dies, so wurde argumentiert, stelle auch das wirksamste Mittel zur Zurückdrängung des *Front National* dar. Mit dieser Positionierung eröffnete der *Front de Gauche* eine breite Diskussion, eine weit über seine eigenen Reihen hinausreichende Debatte, worin in einer

Zeit der Großen Krise linke Politik bestehen könne.

Interessant ist zu beobachten, wie sehr Le Pens ideologischer Diskurs nur funktioniert, solange sie nicht auf präzise Argumente zu antworten hat. Wenn das der Fall ist (und nur Mélenchons nimmt diese offensive Position ein) wird sichtbar, dass sie sich tatsächlich weit rechts befindet.

Die französische Gesellschaft ist heute tief zerklüftet: Die Arbeitslosigkeit stieg während der Amtszeit Sarkozys von 7,8 auf 10,5%, die Jugendarbeitslosigkeit auf 23%, und die der MigrantInnen liegt bei 15,3%. Frankreich zählt heute acht Mio. Arme. Darauf versucht das Bündnis um Mélenchon zu antworten mit einer neuen Konzeption einer solidarischen und gemischten Gesellschaft („société métissée“), der Forderung nach Teilhabe eingebettet in die Forderung nach einer sechsten Republik, nach einer sozialen Neugründung des Staates, in dem das Volk selbst die Macht ergreift – so ein Plakat.

Mit gut 11% gelang es der *Linksfront*, das einst zerfallene Lager von KommunistInnen, GlobalisierungsgegnerInnen, LinkssozialistInnen und Linksradikalen erstmals politisch zu einen. Die PS und Hollande werden bei den Parlamentswahlen in diesem Frühsommer vermutlich keine eigene Mehrheit stellen können und sind damit auf die *Linksfront* angewiesen. Der *Front de Gauche* steht

damit vor einer großen politischen Herausforderung: Welche Wege führen zu einer Linken, die sich als Aufgabe stellt, die Finanzmärkte zu entwapfen und einen Politikwechsel einzuleiten?

Mit dem *Front de Gauche* (11,11% und fast 4 Millionen Stimmen) präsentiert sich eine neue politische Kraft, in der sich die konstruktive und radikale Linke sammelt. Es ist ein Bündnis, das sich nicht als Koalition von Parteien, sondern vielmehr als eine Partnerschaft zwischen linken Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen versteht, in der auch unorganisierte BürgerInnen mitarbeiten können. Die politische Tradition und Kultur reichen vom linken Flügel der Sozialdemokratie bis zu linksradikalen Bewegungen. „Wir sammeln sechs Parteien und noch mehr Strömungen. Keiner der Verbündeten musste auf etwas verzichten, was für ihn identitätsstiftend ist. Unser Diskurs gibt jedem eine gemeinsame Perspektive“ (Mélenchon in *Humanité*, 20.4.12).

Die europäischen Konsequenzen von Hollandes Wahlsieg, zu dem die *Linksfront* entscheidend beigetragen hat, sind noch nicht zu übersehen. Wie ernst zu nehmen seine im Wahlkampf abgegebenen Versprechen sind, wird zu testen sein. Ziel des *Front de Gauche* ist jedenfalls, den Fiskalpakt in Frage zu stellen und gleichzeitig in Frankreich und europaweit zu mobilisieren.

Die Herausforderung des historischen Augenblicks

Von Elisabeth Gauthier, Haris Golemis und Walter Baier

Der 6. Mai 2012 wird durch zwei Wahlergebnisse von historischer Tragweite markiert: Mit der Wahl des sozialistischen Kandidaten Francois Hollande zum neuen Präsidenten, zu der der *Front de Gauche* durch seine Kampagne in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen quantitativ wie qualitativ wesentlich beigetragen hat, gehen nicht nur lange

Jahre konservativer Herrschaft in Frankreich zu Ende.

Auch die für ganz Europa so fatale Achse Merkel-Sarkozy wird nun Geschichte. Ob das auch auf die Europa aufgezwungene Politik zutrifft, wird die Zukunft zeigen. Dies gilt insbesondere für die sich unmittelbar stellenden Fragen der europäischen Griechenland-

Politik sowie die Ratifizierung des Fiskalpaktes, dessen Ziel die zentralistische Kontrolle der nationalen Budgets und die höchst autoritäre Durchsetzung des Austeritätskurses durch die Europäische Kommission ist, womit die endgültige Zerstörung der Sozialstaaten, des Arbeitsrechtes, der öffentlichen Dienste, der parlamentarischen Souveränität sowie die allgemeine und oft dramati-

sche Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerungen angesagt ist.

Ein Erdbeben in der politischen Landschaft Europas lösen die Parlamentswahlen in Griechenland aus, einem kleinen, aber wichtigen EU-Mitgliedsstaat des europäischen Südens, der von der Krise und der brutalen antisozialen Austeritäts-Politik am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen ist. Auf die bisherigen Regierungsparteien – die konservative *Neue Demokratie* (ND) und die sozialdemokratische PASOK –, die sich zu Vollzugsorganen der von den Banken und der EU diktierten barbarischen „Sparpolitik“ machten, entfällt kaum noch mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Mit 16 Prozent für das linke Parteienbündnis SYRIZA wurde eine gleichzeitig antikapitalistische und pro-europäische Partei zur zweitstärksten Kraft im Parlament.

Ähnlich wie der *Front de Gauche*, dessen Kandidat in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen die Linke sammeln und 11 Prozent der Stimmen erreichen konnte, stellt SYRIZA ein Bündnis unterschiedlicher Kräfte der Linken dar. Seine stärksten Komponenten sind die Parteien *Synaspismos* und AKOA, die beide der *Partei der Europäischen Linken* angehören. Die Strategie dieser antineoliberalen und antikapitalistischen Bündnisse, die sich entschieden den Regeln des Finanzmarktkapitalismus und des Neoliberalismus entgegenstellen, scheint wahlpolitisch unter unterschiedlichen Voraussetzungen bestätigt worden zu sein. Die von ihnen in den Vordergrund gestellten politischen Themen stoßen über ihre eigene Wählerschaft hinaus auf Interesse und beeinflussen die öffentliche Debatte. Die in den Medien des „mainstream“ unternommenen Versuche, SYRIZA und den *Front de Gauche* als „extremistisch“, „populistisch“ oder „nationalistisch“ zu denunzieren, sind nicht nur haltlos, sondern auch ein Indiz für die Härte, die die politische und ideologische Konfrontation um die Zukunft der Europäischen Integration angenommen hat.

In diesem Zusammenhang muss das weitere Anwachsen der Wählerschaften

der extremen Rechten registriert werden. Die Erfahrungen der griechischen und französischen Wahlkämpfe zeigen, dass ihr nur die alternative Linke entschieden entgegentritt und dass dieses Anwachsen unter der Bedingung aufgehalten werden kann, dass in dieser politischen Konfrontation der im Grunde systemerhaltende, konforme Charakter der Rechten sichtbar gemacht wird.

Die Erfolge der antikapitalistischen und pro-europäischen alternativen Linken in Frankreich und Griechenland, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gleichzeitig die herrschende Logik des Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus bekämpft, scheinen eine Veränderung in der politischen Dynamik in Europa zu bestätigen, die sich bei mehreren Wahlgängen in diesem Jahr andeutete. Europa scheint in eine politische Periode einzutreten, in der die seit Beginn der Krise 2007 und 2008 vorherrschende, einseitige Stärkung der Rechten – insbesondere der xenophoben, nationalistischen und autoritären Rechten – durch eine neue Polarisierung zwischen Rechts und Links abgelöst werden kann, wozu die Stärkung der antikapitalistischen und pro-europäischen radikalen Linken eine unabdingbare Voraussetzung darstellt.

In der Tat haben die Wahlergebnisse des 6. Mai das Kräfteverhältnis in Europa ein Stück weit nach links verschoben. Aber zugleich ist die Situation kompliziert und nicht ohne Gefahren. In ersten Stellungnahmen haben Angela Merkel und Vertreter der Europäischen Zentralbank zu verstehen gegeben, dass sie unbeeindruckt von der Niederlage, die die Vertreter der antidemokratischen und antisozialen Politik in den Wahlen erlitten haben, am eingeschlagenen Kurs festhalten wollen, obwohl dieser droht, die Europäische Integration und die Demokratie zu zerstören. Anscheinend glaubt man in den Eliten, die Bevölkerung mit der Drohung, Griechenland aus der Euro-Zone auszuschließen, einschüchtern zu können. Demgegenüber ist die Solidarität der europäischen Linken sowie all der für eine Neugründung Europas eintretenden Kräfte vor allem

mit der griechischen Linken und insbesondere ihrer Forderung nach Aufhebung der Memoranden und der „loan agreements“ eine absolute Notwendigkeit.

Doch in Europa hat sich noch etwas geändert. Mit den großen gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen in Italien, Portugal, Spanien, Rumänien, Tschechien, Belgien und Griechenland während der letzten 12 Monate haben sich viele neue Akteure in Europa mobilisiert. Gleichzeitig haben sich neue Stimmen zu Wort gemeldet, z.B. über Appelle von kritischen Intellektuellen, Verantwortlichen aus Gewerkschaft, Bewegungen und Politik. Die notwendige Antwort der Linken auf die existentielle Krise in Europa und den beschleunigten Abbau des Sozialmodells und der Demokratie liegt im verstärkten Kampf für eine neue soziale und demokratische Grundlage Europas.

Es gibt neue Möglichkeiten für eine solche soziale und politische Dynamik. Heute finden bedeutende Auseinandersetzungen in Europa statt. In vielen europäischen Ländern sind die Menschen auf der Straße, befinden sich im Streik und ergreifen die unterschiedlichsten Aktionsformen, um ihre sozialen und politischen Rechte zu verteidigen. Schmerzhaft fühlbar wird aber der Mangel an einer politischen Alternative, eines europäischen Bündnisses oder einer europäischen Bewegung, die sie verkörpern könnte. Die Wahlen vom vorletzten Wochenende zeigen dabei sowohl die Notwendigkeit wie die Möglichkeit, auf neue Weise wirksam auf politischer Ebene zu agieren.

Die *Joint Social Conference* und der *Alternativengipfel*, die Ende März 2012 stattfanden, haben gezeigt, dass eine Vielzahl von Kräften bereit ist, sich für einen bisher nicht da gewesenen Prozess zu öffnen, in dem Gewerkschaften, Bewegungen, Intellektuelle und politische Kräfte miteinander kooperieren können mit dem Ziel, das Kräftegleichgewicht zu verändern. Gegenüber der in den einzelnen Ländern und in Europa herrschenden Oligarchie geht es um die Frage einer radikalen Veränderung der

Machtstrukturen. Damit entsteht die Herausforderung, neue Bündnisse zu schaffen, die es den sozialen und politischen Akteuren gleichermaßen möglich machen, zu mobilisieren, um auf ge-

meinsame und gleichberechtigte Weise in der unmittelbaren Konfrontation gestärkt aufzutreten und so an den Voraussetzungen für die Herausbildung einer neuen Hegemonie in Europa zu arbeiten.

Hierin liegen die Herausforderungen des historischen Augenblicks.

Wichtiger politischer Aufruf

Europa neu begründen!

Kürzlich haben namhafte Persönlichkeiten aus deutschen Gewerkschaften und dem akademischen Umfeld einen

Aufruf formuliert, der sich an die deutsche wie gesamteuropäische öffentliche

Meinung richtet. Wir rufen auf zur Unterstützung und Unterzeichnung!

Europa neu begründen!

Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!

www.europa-neu-begrunden.de/index.html

Den **transform!** Newsletter abonnieren

Der monatlich erscheinende *transform!* Newsletter ist ein kostenloses E-Mail Service unseres Netzwerks.

Um ihn zu abonnieren, senden Sie bitte eine E-Mail an: office@transform-network.net oder rufen Sie ihn über unsere Website ab.

Sollten Sie keine weitere Zusendung wünschen, genügt ebenfalls eine E-Mail an: office@transform-network.net